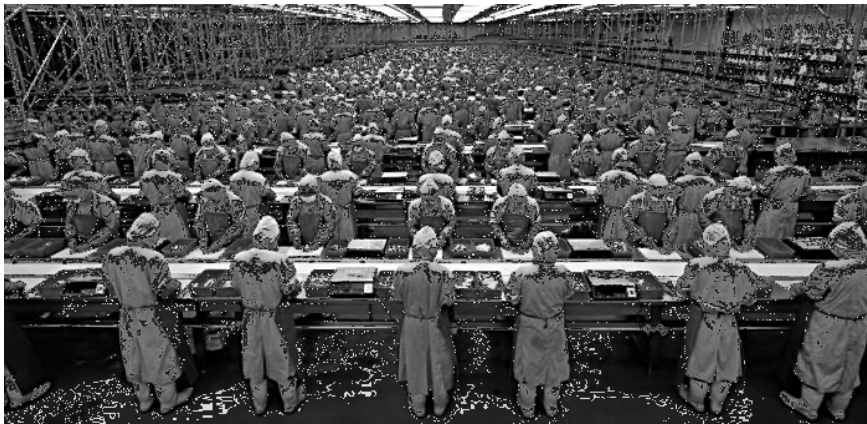


Standort, Staat, Sozialpartnerschaft – was haben wir davon?

Als Reaktion auf den erhöhten Druck in Folge der Krise und auf die befürchteten Abbaupläne beim Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM), fordert die Unia „einen Pakt“¹ zwischen Gewerkschaften, Staat und Arbeitgebern. Sie sollen sich gemeinsam „für einen nachhaltigen Industriestandort Schweiz, der Arbeitsplätze erhält und neue schafft“ einsetzen. Die Unia rügt „raffende“ Finanzkapitalisten: „Hedgefonds, Banken und Aktionäre, die die Arbeit in der Industrie bedrohen“ und hält ihnen eine „schaffende“ „Industrie, die volkswirtschaftliche 3x wichtiger ist als der ganze Bankensektor“ entgegen. Für diese Industrie will sie einen „Produktionsfonds einrichten, der paritätisch² von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften getragen wird“ und der die „KMU dem Diktat der Grossbanken entziehen soll“.



Nur, den grundlegenden Gegensatz zwischen den Kapitalisten in den Banken und denen in der Realwirtschaft gibt es nicht! In der der Realwirtschaft dreht sich genauso alles um die Bereicherung

¹ Alle Zitate stammen aus der Industriezeitung der Unia 2012

² Zu gleichen Teilen beteiligt

der Unternehmen, wie im Finanzsektor. Denn auch die Industrieunternehmen, machen ihr Geschäft mit *Geld*. Die *Arbeit* erledigt Du! Industrie heisst - in der Welt in der wir leben - auch, dass es Kapitalisten und Arbeiter gibt. Arbeiter wie Du und ich: Leute die kein Eigentum an Produktionsmitteln, keine Fabrik besitzen und deshalb für Lohn arbeiten gehen müssen um das Einzige zu verkaufen, was sie fortwährend zu Geld machen können: Arbeitskraft. Unsere Arbeitskraft können wir allerdings nur dann verkaufen, wenn ein Kapitalist damit Gewinn machen kann und uns *deswegen* einstellt. Wir erhalten aber vom Kapitalisten nicht den Wert, den wir herstellen, sondern nur einen Bruchteil davon: den Lohn. Die Differenz, der sogenannte Mehrwert, gehört dem Kapitalisten.

Wenn ein Kapitalist, Kapitalist bleiben will, ist er in der Konkurrenz dazu gezwungen, aus seinem Geld mehr Geld zu machen. Dabei ist es egal, ob die Kapitalisten die Arbeit in einer Fabrik kommandieren oder die Vergabe von Krediten organisieren. Sie werden durch die Arbeit anderer reich, ihr Geld dient als Kapital und vermehrt sich, während wir Arbeiter unser Geld meist für das Lebensnotwendige verbrauchen müssen: In dem wir den Lohn, den wir vom Kapitalisten erhalten, bei (anderen) Kapitalisten wieder ausgeben.



Dass die beiden Fraktionen des Kapitals gegeneinander konkurrieren, ist sicher richtig. Aber das sollte nicht unsere Sorge sein; wir haben andere Sorgen mit der Aufgabe, für die Bereicherung unseres Arbeitgebers *und* seiner Geldgeber rentable Arbeit abzuliefern.

Gegen unsere Interessen stehen die Industrie- und Finanz-Kapitalisten also allemal zusammen.

Verkehrt ist auch der Einfall, der Staat müsste und könnte unser Bündnispartner im Umgang mit den sozialen Folgen der „*Finanzkrise*“ sein. Der Staat ist nicht das hilflose Opfer von Machenschaften der Geldkonzerne. Wenn er seine Banken rettet und Produktionsbetriebe nicht, ist das durchaus so gewollt. Er will der ganzen Welt seine Kreditwürdigkeit beweisen, weil darin die Quelle liegt, aus der der Staat seine Finanzmittel schöpft.

Bisher verweigern sich „*Ex-Swissmem Chef Schneider-Amman und seine Kollegen*“ eine Industriepolitik wie sie von der Unia gefordert wird. Was aber wäre erreicht, wenn sie die Idee aufgreifen würden? Dann hätten wir schon den nächsten Schulterchluss gegen uns! Oder glaubst Du allen Ernstes, die Regierung würde im Verbund mit privaten (Arbeit- und) Kreditgebern in andere Arbeitsplätze investieren als in solche, die ihre Kreditwürdigkeit untermauern? Arbeitsplätze also, die in Sachen Leistungsanforderung und Lohn garantiert gegen unsere Interessen gerichtet sind!

Der Staat solle sein Geld zu unseren Gunsten ausgeben? Wenn dieses Geld dazu gedacht wäre, für uns gute Werke zu tun, hätte er es uns allerdings gar nicht erst zwangsweise wegnehmen müssen. Wir sind nämlich diejenigen, die den Staat finanzieren! Dass die Herrschaft von unseren Steuern lebt und vom Reichtum der Reichen, die wir durch unsere Arbeit erst reich gemacht haben, ist doch kein Geheimnis! Und der Staat der diese Verhältnisse eingerichtet hat, soll nun plötzlich für *unsere* Anliegen da sein?

Man kann natürlich sein Leben lang alle Gemeinheiten, mit denen der Staat uns konfrontiert, als *Abweichung* von etwas *eigentlich* Besserem interpretieren, genau so wie man sich Pensionskassen und „*Banken als öffentlicher Dienst*“ vorstellen kann. Besser wäre es allerdings die „*Forderungen nach Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen*“, nicht ausgerechnet an Staat und Arbeitgeber zu richten, die Arbeitsplätze sowieso nach *ihren Kriterien* schaffen, nämlich z.B. dann, wenn sie *Gewinn* für Unternehmen und

Wirtschaftswachstum versprechen. Unseren Kriterien von „*sicheren Arbeitsbedingungen, guten Löhnen und besserer Arbeit*“ betrachten sie dafür höchstens als Hindernisse! Denn hohe Löhne und ausgebaute Arbeitnehmerrechte sind für einen Kapitalisten keine „Standortargumente“.

Für den „*Industriestandort Schweiz*“ und „*für Arbeitsplätze*“ zu kämpfen, kann in der Welt der kapitalistischen Konkurrenz nichts Gutes für uns Arbeiter bedeuten; weil sowohl Erfolge wie Niederlagen konkurrierender Nationen *immer* auf Kosten der Lohnabhängigen gehen! Billiglohn oder Auslagerung - wie hätten Sie`s den lieber?

Auch wenn sich unter den vielen Forderung der Unia einige befinden, die materielle Verbesserungen mit sich bringen würden...

...„*Freiwillig werden die Arbeitgeber das nicht tun. Aber wenn Euer starker Arm es will...*“

Und da fragen wir uns halt schon, ob es angesichts dessen nicht besser wäre, seine starken Arme und seinen Verstand dazu einzusetzen, mit den kapitalistischen Verhältnissen Schluss zu machen, statt Jahr für Jahr von neuem gegen Verschlechterungen oder für einige Brösmeli zu kämpfen.



www.anti-ka.ch
antika-kampagne@immerda.ch